

# Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Leipzig. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Sanatorium: Gebr. Kuhholz, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Druckgolds monatlich 6.00 M., durch die Post jährlich 18.00 M., unter Ausland nach Deutschland monatlich 8.50 M. S. genannter 80 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftsjahr von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die geschaltete Röntgenzeitung 2.00 M., Familienzeitungen 1.50 M., die geschaltete Zeitung 6.50 M. Bei mehrmaliger Anzeige Verminderung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Zahlung am vorgeschriebenen Tag. Post Briefmarken 30 Pf.

Nr. 177

Dresden, Dienstag den 3. August 1920

31. Jahrg.

## Gefahren der Reichswehrvorlage

Im Reichstag ist am Freitag die allgemeine Wehrpflicht und mit ihr die alte Armee endgültig begraben worden, aber die Vertreter der Rechten arbeiten bereits tapferstig daran, ihren Geist möglichst unverändert auf die neue Soldatenarmee der Republik zu übertragen. In diesem Sinne bedeutet die Vorlage eines neuen Reichswehrgesetzes für sie einen durchschlagenden Erfolg.

Der Sinn der neuen Reichswehrvorlage ist kurz gefasst folgender: Jeder Einfluss der Republik, der republikanischen Verbündeten, des republikanischen Gesetzes, der Bürglichkeit auf die neue Armee soll ausgeschaltet werden. Nur ein Einfluss steht bestehen, der Einfluss der militärischen Elitärer, und da diese mit verschwindenden Ausnahmen reaktionär sind, so bedeutet die Reichswehrvorlage lediglich Endes nichts anderes als die endgültige Umgestaltung der Reichswehr zu einem willkürlichen Werkzeug in den Händen der Rechten.

In § 15 des Gesetzentwurfes wird das Eingreifen der Reichswehr bei Unruhen geregelt, und zwar in der Weise, daß der die zu treffenden Maßnahmen allein der militärischen Oberbefehlshaber unter eigener Verantwortung zu bestimmen hat. Auf diese Weise wird die Einrichtung der Zivilministerialen, so gleichermaßen die einzige seit den Kapp-Tagen gewollte Sicherung gegen reaktionäre Umläufe, wieder bestätigt. Generalleutnant Schöpke, der als konfessioneller Militärschaftsteller, der die neue Reichswehrvorlage im Militärmagazinblatt bespricht, sucht diese Maßnahme mit zu wählenden Schwierigkeiten bei der Entwicklungszugang zu erläutern. Das Reichswehrgebot wird erst im Herbst bestimmt werden und dürfte frühestens im Oktober in Kraft treten. Bis dahin muß nach dem Willen der Entente die Entwicklung längst durchgeführt sein. Also gerade unter der Aktion des neuen Reichswehrgesetzes wird man nicht mehr mit militärisch so gefährlichen Auseinandersetzungen der Zivilbevölkerung zu rechnen haben wie heute.

Die Untertragung jeder politischen Betätigung für die Reichswehrangehörigen in dem General natürlich eine Selbstverständlichkeit. Er leistet sich aber ein kleines Verdrehungsmaßstab, wenn er von "Berechtigung auf politische Betätigung innerhalb des Dienstbereichs" redet. Die Vorlage unterstellt an Reichswehrangehörigen die Zugänglichkeit zu politischen Versammlungen und die Teilnahme an politischen Versammlungen ohne jede Einschränkung, also auch außerhalb des Dienstbereichs! (§ 32) Selbst die Vereinigung zu nicht-politischen (wirtschaftlichen und Bildungs-) Zwecken macht die Vorlage von der Genehmigung der Vorgelegten abhängig! Und gleichzeitig gibt sie den Vorgelegten auch noch das Recht, dem einzelnen Soldaten jede nichtgewölbliche Nebenbeschäftigung untersagen.

Auch mit der Einführung des Holzabfallkonsenses, der die Beschilderung an die Genehmigung der Vorgelegten bindet (§ 29), ist der General sehr einverstanden.

Auch das willkürliche Entlassungsrecht der Vorgelegten, wenn ein Mann nach ihrer Ansicht nicht mehr die "nötige Entfernung" besitzt (§ 19a), ist eine Wonne für ihn, den unsicheren Beschwerderweg, der dagegen gegeben ist, obwohl er sogar noch dadurch weiter eingeschränkt wird, daß ein unbedeuteter Beschwerde-Verstrafung des Beschwerderwegs erfolgen soll. Über die Tatsache, daß der Rechtsweg zur Erlangung ihrer materiellen Ansprüche den Soldaten so verbarrikadiert wird, daß er einer Verfolgung des Rechtsanspruchs gleichkommt, schweigt sich der General aus. Aber er wundert sich über die ungünstige Anzahl der Beschwerden!

Noch eine weitere sehr schwere Gefahr droht der Entwurf: Nach den Verklamungen des Versailler Vertrages dürfen höchstens fünf Prozent der Mannschaften jährlich entlassen werden. Heute noch existieren in der Reichswehr geschlossene Formationen, die aus ihrer gegenrevolutionären Bestimmung in den Kapp-Tagen sehr wohl gemacht haben. So ist allein in die Marine 2000 Mann der Brigade Schöpke, 300 Mann der Brüder Löwenfeld bei einer Gesamtstärke von 15 000 Mann aufgenommen worden. Tritt das Reichswehrgebot in Kraft, so wird auch jeder künftigen Regierung die Ausscheidung dieser Elemente unmöglich sein. Deshalb scheint es dringend notwendig, eine Bestimmung zu fordern, wonach Angehörige solcher Truppenverbände, die gegen die Regierung gemeuerter haben, nicht in die neue Reichswehr eingestellt werden dürfen, abgesehen von solchen, die durch die Tat ihr Anteil verstanden mit der Meuterel betrieben haben.

Wieder ist im Strom der Ereignisse die Reichswehrvorlage trotz ihrem teilweise unantastbaren Inhalts von der Öffentlichkeit noch gar nicht beachtet worden. Abgesehen von der sozialdemokratischen Presse und militärischen Hochstiftungen hat noch kein einziges Blatt seitlich zu ihr Stellung genommen. Auch die demokratische Presse ist, vielleicht um Herrn Schöpke zu schonen, sich bisher ausdrücklich nicht zum Thema vor. Nicht weniger als drei reden darüber.

## Das Amnestiegesetz

Aus Berlin wird uns geschrieben:

„Zum ersten Mal bringen die Redner aller Parteien klare Abrechnung an, wenn sie von der Notwendigkeit eines Amnestiegesetzes sprechen. Deutlich liegt der Entwurf dieses so genannten Gesetzes dem Reichstag vor — oder besser liegen die Pläne dem hohen Hause vor. Nicht weniger als drei reden

## Gegen die Resolution zur Schuldsfrage

### Eigene Drahtmeldung

Berlin, 3. August. Die Resolution des Ausschusses des Genfer Internationalen Sozialistentreffens über die Kriegsschuldsfrage hat innerhalb der mehrheitssouveränen demokratischen Reichstagsfraktion lediglich bestreitende Verbrechen herverufen. In dieser Resolution wird lediglich Deutschlands Schuldsfrage schärfend. Das Schulds der Untergangsregierung wird über mit keinem Wort erwähnt. Man hält es für ausgeschlossen, daß die englischen Delegationen die Resolution als zugestanden wird. Der Fraktionssitz standen den deutschen Vertretern in Genf folgendes Telegramm: „Der Präsidentenwahl hätte die Zustimmung der deutschen Delegation zum Genfer Kriegsschuldsvertrag als unmöglich, da die Kriege der anderen Länder nicht geöffnet sind und deshalb solches Urteil über die Schuldsfrage ganz einseitig und ungerecht wäre.“

Genf, 3. August. Die Resolution zur Schuldsfrage wird, wie Scheidemann soeben mitteilte, der nächsten Tag in Genf angenommen ist, eine wesentliche Änderung erwartet, bevor ihr die deutsche Delegation zustimmen kann. Ob die Delegation dann damit einverstanden sein werden, ist eine andre Frage, die um so mehr an Bedeutung gewinnt, als ihre Handlung in der heutigen Sitzung des Sozialistentreffens gegen den Vorschlag der Kommission anerkannt werden sind.

### Eigene Drahtmeldung

Genf, 2. August. In der um 2½ Uhr beginnenden Nachmittagssitzung des Internationalen Sozialistentreffens wurde die Erörterung über die Zulassung einzelner Delegationen fortgesetzt. Die russische Gruppe der Sozialrevolutionäre wohnt dem Kongress nur in der Eigenschaft als Guest bei. Außerdem erklärte namens der sozialrevolutionären Gruppe, daß seine Partei einiges nach Genf gekommen sei, um sich zu informieren. Die Sozialrevolutionäre Russlands könnten in Russland leicht nicht arbeiten infolge der Verfolgung durch die Bolschewisten. Darum könne ihre Partei eine endgültige Stellung zur sozialen Internationale nicht einnehmen. Die Russen seien der Auffassung, daß sie mit den deutschen und englischen Unabhängigkeiten wieder Rückung erhalten würden. Die Partei spreche sich gegen jede Unterstützung einer militärischen Intervention des Auslands in Russland aus.

Die russischen Sozialrevolutionäre in Genf

Genf, 2. August. In der um 2½ Uhr beginnenden Nachmittagssitzung des Internationalen Sozialistentreffens wurde die Erörterung über die Zulassung einzelner Delegationen fortgesetzt. Die russische Gruppe der Sozialrevolutionäre wohnt dem Kongress nur in der Eigenschaft als Guest bei. Außerdem erklärte namens der sozialrevolutionären Gruppe, daß seine Partei einiges nach Genf gekommen sei, um sich zu informieren. Die Sozialrevolutionäre Russlands könnten in Russland leicht nicht arbeiten infolge der Verfolgung durch die Bolschewisten. Darum könne ihre Partei eine endgültige Stellung zur sozialen Internationale nicht einnehmen. Die Russen seien der Auffassung, daß sie mit den deutschen und englischen Unabhängigkeiten wieder Rückung erhalten würden. Die Partei spreche sich gegen jede Unterstützung einer militärischen Intervention des Auslands in Russland aus.

### Eigene Drahtmeldung

England bewilligt den deutschen Kredit

London, 2. August. Das Unterhaus bewilligte einstimmig den Kredit für die nominelle Summe, die durch die in Spa getroffenen finanziellen Abmachungen vorgesehen ist. Washington Evans gab eine Darstellung der Abmachungen und sprach sich nochdrücklich gegen die Unterstellung aus, daß England dabei einen Profit mache. Lord George sagte, daß Womannen von Spa bedeute keine Veränderung der Politik, sondern sei die Politik des Vertrag der Vertrages. Der Kredit, der Deutschland von den Wiedergutmachungsbeziehungen gewährt werde, entspreche den Vertragsbestimmungen. Die Einnahmen aus Verkäufen der England angeführten Schiffe würden England gutgeschrieben werden, während Frankreich seinen Anteil durch Kohlenlieferungen erhalten.

### Eigene Drahtmeldung

Rönneberg, 3. August. Der auswärtige Vertreter der russischen Kriegsführungswadronen bei der geringen Stärke des Widerstandes der Polen wird die Russen bald in den polnischen Korridor einführen lassen. Nach Angaben russischer Offiziere ist das Ziel von Sowjetrußland, die alte russische Grenze herzustellen und die Polen aus dem Korridor zu vertreiben.

### Eigene Drahtmeldung

Das russische Ziel

Rönneberg, 3. August. Der auswärtige Vertreter der russischen Kriegsführungswadronen bei der geringen Stärke des Widerstandes der Polen wird die Russen bald in den polnischen Korridor einführen lassen. Nach Angaben russischer Offiziere ist das Ziel von Sowjetrußland, die alte russische Grenze herzustellen und die Polen aus dem Korridor zu vertreiben.

Die russischen Entwürfe sind eingegangen: ein unabdingbarer, ein deutschnationaler und der eternelle der Regierungsparteien. Dann kommen noch eine Menge Abänderungsanträge wider einheimische Partei, so daß man sich über Einigkeit der Zulassung äußerlich nicht beklagen kann. Jeder Gelegenheits, jede Anklage trägt so recht den Stempel der Partei, die ihn gestellt hat. Wer kann z. B. den Karran eingebrochen haben, auch die Rädelsführer des Hochgerichts zu amnestieren — wer anders als die Deutschnationalen. Wer macht einen haarscharfen Unterschied zwischen politischen und fiktiv-jüdischen Zwischen? — wer anders als die Herren von rechts.

Genf, 2. August. Das Kabinett wird mit seinen insgeheimen Sorgen: Eine Liebe für ein Amnestiegesetz kommt ja doch nur aus einer Sorge für die Kapp-Tante. Schon werden er und der Unabhängige Dr. Herzfeld sich gegen jene noch nie in so nader Weise erkämpft haben. Doch allein im Jahr 1919 ist es gelungen gegen Arbeitnehmer erhoben worden sind, davon fast 1000 durch außerordentliche Strafgerichte verurteilt wurden — während bis heute noch nicht eine Verurteilung, nicht eine Anklage gegen die Kapp-Verbrecher bekannt wurde; 15 000 glaubt der Unabhängige Kabinett mit Recht können zu können, die unter dieser ungerechten Justiz leben. 15 000 Arbeiter, die für ihre Republik für ihre Revolution eintraten, während nicht ein einziger in Unterföhringhaft ist, der mit bewaffneter Hand gegen den Staat antritt.

Was die Bürgerlichen darauf erwidern, ist warme Diminutiv-Vorlage, der brave Rentnermann, jammert sehr lästig nach Ruhe und Ordnung. Düringen erhält, daß er seinem deutschnationalen Freund Kapp doch verstoßen habe, auch die Amnestie der Rädelsführer zu erwirken, und erklärt, daß ohne diese Abschaffung die Deutschnationalen gegen das Gesetz kommen müßten. (Andernfalls, den Herren kommt es doch gerade auf die Helden des Kapp-Putsches an.) Kahl, der kleine Freiheitler-Parteiführer, weist im Praktiken der Liebesausstellung gegen diese Verordnung des Reichsjustizamtes, der er mit dem kleinen Zug nachweist, während er mit dem reichen, den freien Zug seines Freunden Louis erholt, von polnischen Kommandosprecher spricht, die eine Amnestie notwendig machen. — Schäffer, der auch Demokrat, der es den Führern des Kapp-Putsches nie vergeben kann, daß sie um seinen Ministerposten brachten, nimmt auf bestimmteste gegen die Amnestierung des führenden Stellung.

Dann kommt der Herr Reichsjustizminister. In seiner unter Ablegung des unabhängigen und deutschnationalen Entwurfs:

### Eigene Drahtmeldung

Russisch-finnische Friedensverhandlungen

Warschau, 3. August. Ein Abkommensprogramm aus Warschau meldet: Nach zweitägiger Unterredung mit der Finnenleitung der russischen Friedenskonferenz zwischen Russland und Finnland wieder angemommen. Bei der Eröffnung erklärte der russische Vertreter, daß die Konferenz unterbrochen wurde, weil die finnische Delegation unannehmbare Bedingungen stellte. Wenn die finnische Delegation auch jetzt noch weiter auf die Direktive von Uusikaari hört, müsse die russische Delegation ihre Kompenationsforderungen aufnehmen.

### Eigene Drahtmeldung

Der Generalsstreit in Riga

Genf, 2. August. Der Generalsstreit dauert an und hat sich gegen gestern noch verschärft. Die Räte in ruhig verlaufen. Es besteht vollkommen Arbeitsstille mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte. Die Polizei hat den Dienst wieder aufgenommen dürfen. Der Eisenbahndienst ist vollkommen eingestellt. Bahn nach Dresden, Löbau und Görlitz verschlossen. Eisenbahngesellschaft übernahm den Bahnhof und die Bahnanlagen. Auch die Waggonfabrik auf den Landstraßen wird kontrolliert und nur Lebensmittel dürfen in die Stadt herein. Die große Überlandzentrale liegt weiter still, so daß außer Riga ein großer Teil der Bahn und der ganze Olypfer von Sachsen ohne elektrische Bahn und Kraft ist.

Wie uns noch gemeldet wird, soll morgen in den Betrieben über die Weiterführung des Streiks abgestimmt werden. Es befinden gute Aussichten für die Beendigung der Arbeit und Friedliche Beilegung des Konfliktes.

### Eigene Drahtmeldung

Das preisgegebene Ultimatum

Der Hauptausschuß des Reichstages beschloß sich heute mit dem Bericht des Unterausschusses über die Einführung der Beamten und die Nachprüfung des Reichsjustizgesetzes. Der Antrag des Unterausschusses wurde wie folgt angenommen:

Der Reichstag ist damit einverstanden, daß die aus dem Ausschuß des Reichsjustizamtes für die Verlehrbarbeiter notwendige Mittel sowie der Dienst wieder aufgenommen dürfen. Der Eisenbahndienst ist vollkommen eingestellt. Bahn nach Dresden, Löbau und Görlitz verschlossen. Eisenbahngesellschaft übernahm den Bahnhof und die Bahnanlagen. Auch die Waggonfabrik auf den Landstraßen wird kontrolliert und nur Lebensmittel dürfen in die Stadt herein. Die große Überlandzentrale liegt weiter still, so daß außer Riga ein großer Teil der Bahn und der ganze Olypfer von Sachsen ohne elektrische Bahn und Kraft ist.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Höfle erklärt, daß er am Ultimatum der Eisenbahner nicht mitgespielt habe. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner lasse durch ihn den Redner erklären, daß nachdem der Finanzminister auf den Boden der Wünsche der Eisenbahner geraten sei und die beiden anderen Gliedstaaten das Ultimatum preisgegeben hätten, für sie dieses Ultimatum jedes Vertrauen verloren habe. Der Zentraleminister erklärt, daß für ihn die leidige Angelegenheit erledigt sei. — Damit ist der Konflikt zwischen Reichsregierung und Eisenbahner beigelegt.

Dann ergäßt Herr Herzfeld unter dem andächtigen Läuten des Hauses: Am Ende der Kapp-Tage. Er beleuchtet mit treulicher Ironie die Einerlei-Aufreis-Schaltung des damaligen Minister Schäffer und betont immer wieder, daß in den Verhandlungen der gleichberechtigten Reichstreppen Ebert-Regierung-Kapp-Putschung nur auf das Faß der Amnestie verändert wurde. Die Demokraten und besonders die Kommunisten Clara Zetkin findet in einer ausgesuchten Rede das richtige Wort: interne Diktatur. Und das ist banebliden. Beim Haushalt des Reichswehrministeriums zeigt Genosse Schöpplin eine unglaubliche Handhabung dieses Staates, daß man sich an den Kopf greift und verzweigt, fragt, haben denn in Deutschland nunmehr die Männer das Wort? (Wenn man allerdings die labne und labliche Männer Götzen gehört hat, heißt man diese Frage nicht mehr.) Einschließlich ergäßt er, bei denen man nicht weiß, ob man Interessen weinen soll: das sogenannte Hunderttausend-Mann-Dekret hat ja nicht weniger als 42 000 Weiber, im Reichswehrministerium und 23 Obersten als Belegschaft und 92 Staatsräte als Referenten sitzt um. Es ist unglaublich — wenn man über sieht, daß sich allein um das Faß des Redners, an dem Genosse Schöpplin diese kommunistischen Sünden tun, mehr als 20 höhere Offiziere im Schmuck ihrer Kaiserlichen Uniformen und Orden bestücktlos beruhmiden, dann glaubt man ein böses Grinsen auf ihren Gesichtern zu sehen.

kleinere Vorlagen und der Rest des Reichshauses werden nach Stundenlangen Aufsprache erledigt. Das Amnestiegesetz wird mit allen gegen die deutschnationalen Stimmen angenommen.

Unter Ablegung des unabhängigen und deutschnationalen Entwurfs:

Was die Bürgerlichen darauf erwidern, ist warme Diminutiv-Vorlage, der brave Rentnermann, jammert sehr lästig nach Ruhe und Ordnung. Düringen erhält, daß er seinem deutschnationalen Freund Kapp doch verstoßen habe, auch die Amnestie der Rädelsführer zu erwirken, und erklärt, daß ohne diese Abschaffung die Deutschnationalen gegen das Gesetz kommen müßten. (Andernfalls, den Herren kommt es doch gerade auf die Helden des Kapp-Putsches an.) Kahl, der kleine Freiheitler-Parteiführer, weist im Praktiken der Liebesausstellung gegen diese Verordnung des Reichsjustizamtes, der er mit dem kleinen Zug nachweist, während er mit dem reichen, den freien Zug seines Freunden Louis erholt, von polnischen Kommandosprecher spricht, die eine Amnestie notwendig machen. — Schäffer, der auch Demokrat, der es den Führern des Kapp-Putsches nie vergeben kann, daß sie um seinen Ministerposten brachten, nimmt auf bestimmteste gegen die Amnestierung des führenden Stellung.

Dann kommt der Herr Reichsjustizminister. In seiner unter Ablegung des unabhängigen und deutschnationalen Entwurfs:



# Der Kampf um Kapp

16. Sitzung des deutschen Reichstags

Montag den 2. August.

Von Regierungsrat: Heinz Wirth. Das Haus ist sehr

abgesezt.  
Das vorläufige Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem deutschen Reich und Lettland wird ohne Ausprache in allen drei Sitzungen angenommen.

Auf der Tagessitzung steht ferner der am 1. Mai d. Js. im unterzeichneten Vertrag zwischen dem deutschen und niedersächsischen Regierung über Kredit und Eisenbahnerungen.

Das Abkommen wird ohne weitere Erörterung in den drei Sitzungen angenommen. Ohne Debatte wird auch eine Beratung zum Postgebührentagungsangekommen, wonach Schaffung der Postgebühren erst am 1. Januar 1921 in Kraft treten soll.

Es folgt die Beratung mehrerer Anträge, die eine Amnestie einfordern. Ein Antrag Müller, Hanßen (Soz.), erfuhr die Regierung.

## Entwurf eines allgemeinen Amnestiegesetzes

zulegen, durch den die Straftreite entsprechend dem Vieleleiwer am 24. März 1920 genehmigt wird. Der Abg. Dr. Beder (Dm.) hat den Entwurf eines Amnestiegesetzes eingereicht, nachdem alle Straftaten, die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes politischen Beweggründen verübt worden sind, Amnestie gewährt.

Ein Antrag Beder, Ainsberg (Dm.), Dr. Beder, Hessen (Dp.), Schiffer (Dem.), Dr. Osi (Dp.) enthielt ebenfalls einen Entwurf über die Genehmigung von Straftreite. Danach

die Straftreite, die zur Abwehr eines hochverrätischen Unternehmens gegen das Reich begangen worden sind, Straftreite gewährt.

Der Abgeordnete Beder, Ainsberg (Dm.), Dr. Beder, Hessen (Dp.), Schiffer (Dem.), Dr. Osi (Dp.) enthielt ebenfalls einen Entwurf über die Genehmigung von Straftreite. Danach

die Straftreite, die zur Abwehr eines hochverrätischen Unternehmens gegen das Reich begangen worden sind, Straftreite gewährt.

Abg. Dr. Haberlach (Soz.) begründet den sozialdemokratischen

Vorlage. Die Vorlage soll eine Erleichterung der Lage herbeiführen, in die kauzellen Straftreite erhalten, so müssen die Revolutionslizenzen 1919 der Straftreite ebenfalls teilhaftig werden, begleichen die Teilnehmer an den Münchner Unruhen und den Berliner Januar- und Februarwahlen will offenbar die Teilnehmer an den kauzellen Lizenzen annehmen, aber nur müssen der Verfassung gemäß die Amnestie nur Rechtschäfe machen. Die kauzelle Regierung besteht

zu Selbstvertrauen, wenn sie glaubt, mit einem freigelassenen Reich kann nicht fertig werden zu können. Wir beantragen in dem

zur Mehrheitspartei die Streichung der Worte „gegen das Reich“, damit auch Handlungen unter die Amnestie fallen, die sich gegen

den Bundesstaat richten. Selbstverständlich kann sich die Amnestie

zur Auf das Disziplinarverfahren begleiten.

Bei den Vorberatungen über den Antrag war man sich darüber

zur Abgeordneten „Zusammenhang“ mit den hochverrätischen

Plänen im allgemeinen Sinne verhandeln werden sollte. Nach

Abzug des Antrages und von der Straftreite gewährte einzeln

gezählte Handlungen angenommen. Uns erscheinen diese Handlungen vollständig herausgenommen.

Reichsminister, Marburger Studenten, östliche Brand-

stifter

en auch wie nicht kauzelle ausgeben lassen. Amnestien be-  
gen für gewöhnlich einen Markstein für eine Revolution. Sie  
in einer neuen Erinnerung vorbereiten, so ist es aber bei dieser  
teilweise nicht. Nicht als Parteimann, sondern als akademischer  
Krieger warne ich die rechte Seite dieses Hauses. Sie haben die  
reale Jugend durch die ihnen beeinflusste Presse und  
Führer in Ihrer Hand. (Ausrufe nichts! Gott sei Dank!) Ich  
sage aber, daß Sie sich auch Ihren Voranzettlungen be-  
wegen. (Sehr richtig! Nichts! Gerade Sie, die immer be-  
ken, daß unter Gott ohne geistige Führung ist, haben alles dazu  
zum unter akademische Jugend dem Volle zu entziehen. (Lärm  
auf))

Nichts ist schöchter als das. Machen Sie Ernst mit dem,  
daß in unsern allgemeinen Debatten selbst gefragt werden,  
haben selbst angekündigt, daß die Monarchie in diesem  
feld nicht Ihr Programm ist, sondern daß jetzt nur  
Republik und der Parlamentarismus möglich sind. Niemand  
in Ihnen vertritt. Ihre monarchistische Weltanschauung an  
Jugend heranzu bringen. Gehen Sie der Jugend aber auch  
Wirklichkeitssinn der fürs erste die republikanische  
Jugend als das einzige Mögliche ansieht. Befreien  
und aus dem Zustand einer blauen Vorläufigkeit in dem sie  
befindet. (Gemeinten lärm rechts) Nur wenn Sie auf diese  
se die jüdischen Voranzeigungen schaffen, die dieser Amnestie  
vorbereitet hätten zugrunde liegen sollen, wird eine politische  
Spannung eintreten, zum Erogen und zur Erleichterung für  
ein schwer gepeiltes Volk. (Weitfall bei Dr. Soz.)

Abg. Dr. Herzfeld (Dm.): Wir haben einen Antrag auf  
allgemeines Amnestiegeseit eingereicht und damit Millionen  
Arbeiter aus dem Lager gelöst. Das vorliegende  
Amnestiegeseit ist nur gemacht wegen der Überfälligkeit der Ge-  
gnisse, um den Kappverbrechen zu Hilfe zu kommen.  
Dies ist noch kein einziger angeklagt und kein einziger ver-  
urteilt. Dagegen sind allein im Auftrag gegen die Verbrecher  
Republik 4688 Anklagen erhoben, von denen durch die außer-  
politischen Kriegsgerichte bereits 800 abgeurteilt wurden. Ich  
sage nicht zu überreden, wenn ich sage, daß mind. 15.000  
Anklagen aus Anlaß des Kapp-Volkssturms gegen die Verbrecher  
erhoben wurden und demgegenüber nicht eine einzige  
Anklage, nicht eine einzige Verurteilung gegen die Verbrecher.  
Wir denken bei unserm Amnestieantrag nicht nur  
die Kapp-Volkssturms, sondern vor allem auch an die Vor-  
sitzer der sozialen Revolution, an die ebenen und roten Kämpfer  
Januarunruhen 1919 und an alle Opfer des Systems Rosse-  
kampfers Weißfall bei Dr. Soz.)

Abg. Dr. Herzfeld (Dm.): Wir haben einen Antrag auf  
allgemeines Amnestiegeseit eingereicht und damit Millionen  
Arbeiter aus dem Lager gelöst. Das vorliegende  
Amnestiegeseit ist nur gemacht wegen der Überfälligkeit der Ge-  
gnisse, um den Kappverbrechen zu Hilfe zu kommen.  
Dies ist noch kein einziger angeklagt und kein einziger ver-  
urteilt. Dagegen sind allein im Auftrag gegen die Verbrecher  
Republik 4688 Anklagen erhoben, von denen durch die außer-  
politischen Kriegsgerichte bereits 800 abgeurteilt wurden. Ich  
sage nicht zu überreden, wenn ich sage, daß mind. 15.000  
Anklagen aus Anlaß des Kapp-Volkssturms gegen die Verbrecher  
erhoben wurden und demgegenüber nicht eine einzige  
Anklage, nicht eine einzige Verurteilung gegen die Verbrecher.  
Wir denken bei unserem Amnestieantrag nicht nur  
die Kapp-Volkssturms, sondern vor allem auch an die Vor-  
sitzer der sozialen Revolution, an die ebenen und roten Kämpfer  
Januarunruhen 1919 und an alle Opfer des Systems Rosse-  
kampfers Weißfall bei Dr. Soz.)

Abg. Dr. Börfling (Dm.): Ein begrenztes Begnadigungs-  
gesetz wird mir gegenwärtig kaum verwirbeln lassen. Die  
Unabhängigkeiten möchten doch einmal bedenken, in wodurch Weise  
die letzten Jahre gehandelt haben, bevor sie sich über die überwältig-  
ende Menge beschweren. Das vorliegende Gesetz wird zur Aus-  
schaltung der politischen Unabhängigkeiten beitragen.

Abg. Dr. Börfling (Dm.): Gegen eine allgemeine  
Amnestie haben wir Bedenken. Wir halten es für notwendig, auf  
einen Stützpunkt eines Landes wie Polen Rücksicht zu nehmen. Über es  
sollte auch die Rücksicht des Kapp-Putschs

zu die Amnestie lassen, weil es ihnen versprochen worden ist.

Reichsjustizminister Dr. Heinz:

Die Regierung hat das größte Interesse an dem sofortigen  
abzustimmenden dieses Gesetzes. Wählen wir die bestimmtsten  
Verhältnisse gegen eine allgemeine Amnestie erhoben und will sich  
der kleinen Unabhängigkeiten vom Reich eine allgemeine Amnestie auf-  
zuerlegen lassen. Wir erkennen Wahlen des Reichs auf seine Qualität  
an. Gemeine Verbrecher müssen unter allen Umständen von  
Amnestie ausgenommen werden, ebenso die Rücksicht. Der  
Entwurf der Regierungsparteien entscheidet sich von den Ent-  
scheiden der Unabhängigkeiten und der Deutschen Nationalen wie auch vom  
Vorstand des Reichs. Wir haben auch den hochverrätlichen  
die Amnestie gestellt, was nicht nur den Anhängern des Reichs  
sowie auch der Republik zugute kommt. Wir müssen eben, daß die  
Regierung der Amnestie der Mehrheit spricht zur Verhinderung  
des Reichs; die Regierung lehnt sich, soweit sie daran mit-  
arbeitet hat, nur von starker Gerechtigkeit gegen reich und links  
(Weißfall.)

Abg. Dr. Schäffer (Dm.): Der Gesetzentwurf ist ein Kompromiß  
zischen den Rechtsparteien und den sozialen Parteien. Rechtsparteien  
wollen die Reichs zu lassen, umso mehr nach  
sozialen Politiken und Wiederholungen der Reichs stimmen zu lassen. Den grund-  
sätzlichen Standpunkt gegen die Wahrung der Amnestie  
haben wir auch deutet.

Abg. Dr. Schäffer (Dm.): Die Blüte der Rücksicht des Kapp-

## Vollsitzung

Blütezeit macht sie unwürdig der Amnestie. Bei den Besprechungen  
mit den Vertretern Kappes habe ich alle Verträge zu  
Bedingungen abgelehnt.

Wein Einsicht für ein allgemeines Amnestiegeseit habe ich per-  
sonal allerdings in Aussicht gestellt, aber als die unverzüglichste  
bedingungslose Kapitulation verworfen wurde, sofort wieder zurück-  
gesogen. Die Regierung in Stuttgart hatte mit der ganzen Sache  
nichts zu tun; ich habe vollständig auf eigene Verant-  
wortung gehandelt. Es liegt weiter für die Regierung, nach für  
meine Aktion, noch für mich selbst irgend eine Bindung vor.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das  
System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen  
Ausführung wir in die Hände der Volksgerichte selbst legten. Von  
den Richtern bei den politischen Verbrechen sind in Bayern  
90 Proz. befreit begnaden worden.

Abg. Gemminger (Dp.): Wir haben in Bayern das



## Gesetzentwurf für die Festsetzung des Mietzinses

Vereinbarung zwischen den Dresdner Mieter- und Hausbesitzerorganisationen

Von Direktor Dr. Theißig

Die Wirtschaftswelt und Haushalte sind auf weiten Gebieten des Wirtschaftslebens im Alten begriffen. Die Wohnungsmieten werden, wie lange nicht zu freien Wirtschaft zurückzuführen, als nicht durch austretende Neubauten ein weiterer Wohnungsmietzins wieder hergestellt ist. Bis dahin kann die Geburtsbedingung noch die Entwicklung für den vorliegenden Wohnungsmietzins sich selbst überlassen werden. Die Kontrolle der Wohnungsmiete durch die Mietzinskommission, der wichtigste Teil des Mietzinses, ist auf lange Zeit nicht entbehrlich; aber es ist die Zeit, wo diese notwendige Funktion am zweckmäßigsten ausgeübt wird. Auch beim Mietzins ist das Karte Sache obigeschriebener Zeitung verpflichtet, und die Auslegung von Beispielen ausgewählter und Mietzinsen an den Mietzinskommissionen ist an sich noch nicht die Gewähr für die nötige individuelle Anwendung der Wohnungsmiete an die von Fall zu Fall und von Ort zu Ort wechselnden Verhältnisse. Hier muss die Tätigkeit der Organisationen der Mietzins- und des Haushaltswesens einzutreten. Freilich wird es aus verschiedenen Gründen, die teils im Charakter der Organisationen, teils in der Eigentum des Mietzinsmietzinsen liegen, im Wohnungsmietzins noch nicht so bald zu regelmäßigen Tarifverträgen, wie das Arbeitgeberwesen regeln, kommen, wohl aber könnten Mieter- und Haushaltserorganisationen Richtlinien für die Festsetzung des Mietzinses vereinbaren, die den Mietzinskommissionen

Zu einem definitiven Vereinkommen ist es erstaunlicherweise in Dresden gekommen. Die sprunghafte Steigerung des Preises und Unterhaltungskosten für Haushaltseinheiten, die regelmäßigen Mietzinssteigerungen anderseits, machen es für jedeswohl wie Mieter gleichermaßen zum Bedürfnis, solche einen aufzustellen, ein Aufschlag, das bisherige Praxis der Mietzinssteigerungen nicht bestreitet, machen sie nun die Wiese nach prozentualen Aufschlägen zur Friedensmiete oder Normalmietzins für das Quadratmeter Wohnungsmietzins zu bemessen. Auf eine Anregung des Oberbürgermeisters übertrafen im Mai d. J. je drei Vertreter des Dresdner Gemeinen Hausbesitzervereins und des Allgemeinen Mietzinsvereins mit ihren Vorständen Baumeister Schlimm und Oberpostdirektor Hermann der Spitze zu einer Kommission zusammen, die mit dem Vorsitzenden als unparteiischen Vorstand den weiter unten erwähnten Richtlinien aufstelle, ein Kompromiss auf das sich auf Vorschlag des Vorstandes bis auf einen näher zu bestimmenden mindestensmöglichen Punkt auch völlig einigte.

Diese Richtlinien stellen den Grundriss an die Spitze: Der setzt sich dem Haushalter eine angemessene Vergütung des sozialen Friedenswerts des Grundstücks gewünscht und den höchstmöglichen Aufwand für Verwaltung und Unterhaltung des Grundstücks einschließlich einer möglichen Vergütung für die eigene Verwaltungsfähigkeit fest. Die Haushalter verlangen die Recht, dass ihnen der erhöhte Aufwand an Wertschätzungen und Unterhaltungskosten voll erstattet wird; die Mieter verlangen wollen gegen jede weitergehende Mietsteigerung gestoppt sein, die dem Haushalter einen Konkurrenzvorteil gewährt und Wohnrente und Grundstückswert in die Höhe treiben. Beide Forderungen kann nur eine individuelle Mietzinsfestsetzung erfüllen, und zwar nur der Weise, dass die Wiese gezeigt wird in einem festen Grundstückswert für Vergütung des Grundstücks angelegten Kapitalwerts, und über den Friedenswert steigen soll, und in bewegliche Brüder für die Perioden, Verwaltung und Unterhaltung. Dabei kann man sich auf beiden Seiten klar, dass die für Verwaltungen, Auslandsbewohner und Erneuerungen genügt eine so außerordentlich hohe erreicht haben, dass eine solche Abschöpfung geboten ist, wenn sich nicht eine ungeheure Mietzinssteigerung ergeben soll. Die Kommission beschloss, in die Wiese nur eingesetzte einen Aufschlag für laufenden Reparaturen um und im Hause, gegen die sogenannten Schönheitsvorrichtungen innerhalb der Wohnung auszuweichen und dem Mieter zu überlassen, einmalige oder in längeren Zeiträumen wiedersprechende Auslandsbewohner und Erneuerungen am Ende im Hause über einen besonderen Deckungsverzehr vorzuhalten.

Der Grundmietzins ist ein fester Betrag, bestimmt der Vergütung des nach dem Friedenskunde festgestellten Kapitalwerts des Grundstücks und veränderlich nur in dem Maße, dass der Aufwand für die aufstehenden Objekten erhöht wird, was tritt zunächst ein Aufschlag für die unten näherbeschriebenen erreichbaren, und zwar in der Höhe, wie diese vom Haushalter wirtschaftliche Ausgaben nachgewiesen werden. Diese Kosten haben im Frieden etwa 7 v. H. der Wiese ausgemacht. Bei den vorwärts nicht bestimmabaren Veränderungen dieser Kosten — so denkt g. H. an die Erhöhung des Wasserpreises — erschien der Kommission nicht möglich, auch für den gegenwärtigen stand einen bestimmten Prozentsatz der Wiese dafür auszufestigen.

Hinsichtlich der Unterhaltungskosten ist die Kommission — die oben bemerkte, noch Ausförderung der Verwaltungskosten in Innen der Wohnung und der periodischen Erneuerungsarbeiten — zu einem festen Aufschlag in Höhe von 30 v. H. der Friedensmiete gelangt und zwar auf folgendem Grunde: Es wurde für 15 Dresdner Haushaltseinheiten verschlossen, dass die Wiese vom Haushaltseinheit verändert ist, für die teils vom Haushaltseinheit, teils vom Mietzinsverein sämtliche Ausgabenbeläge zur Vergütung festgestellt waren, durch das städtische Hochbauamt der im Jahre 1918 erreichbare Aufwand für laufende Reparaturen ermittelt worden, die Wiese vom Jahre 1918 berechnet. Sobald wurde der Aufwand für nach Art und Umfang gleichbleibende Reparaturen auf den gegenwärtigen Preisstand umgerechnet und wiederum auf die Wiese des Jahres 1918 bezogen. Es ergab sich, dass bei diesen 15 Grundstücken die laufende Aufwendung im Jahre 1918 2,5 v. H. der Friedensmiete erfordert hat, und dass es noch Art und Umfang gleichen Reparaturen genügt, dass die Wiese bei Hinzunahme der auf vier Jahre verteilt wachten Kostenberechnung 30 v. H. der Wiese 1918, erfordern würden.

Bei Genehmigung dieser, für den ersten Anschein sehr hohen, bei den beiden Organisationen als möglichst Turmhöhe verankerten Reparaturzulage kam auch die Begriffe des Mietzinssteigerungsrechtes der Mieter zur Sprache. Die Wirtschaft fordert mit Recht, dass die dem Haushaltseinheit unter Verjährung auf die gezeichneten Kosten bewilligten Reparaturzulagen auch wieder zur Instandhaltung des Hauses verwendet werden, und sie soll nicht nur die Reparatur, sondern auch die Instandhaltungshilfe der Wiese, bei Hinzunahme der auf vier Jahre verteilt wachten Kostenberechnung 30 v. H. der Wiese 1918, erfordern würden.

(Fortsetzung folgt.)

## Sächsische Angelegenheiten

### Regierungsmöglichkeiten in Bittau und Löbau

Gestern wurde von der Regierung der Belagerungszustand über die Bezirke Bittau und Löbau verhängt. Zum Regierungskommissar wurde Otto Schulz in Dresden ernannt.

Von der Nachrichtsstelle der Staatskanzlei wird uns zu diesen Maßnahmen der Regierung geschrieben:

In der Bevölkerung scheint nach Blättermeldungen Unklarheit darüber zu herrschen, weshalb die von der Regierung aus Anlass der Bittauer Vorgänge vorgenommenen Sicherheitsmaßnahmen auch auf den Löbauer Bezirk ausgedehnt werden sind. Das war nur deshalb notwendig, weil die Amtshauptmannschaften Bittau und Löbau ein einheitliches Wirtschaftsgebiet sind und ihre Grenzen allzu sehr ineinander überlappen. Die Regierung hat jedoch den Befreiungskommissar, der für diese Tage dort die höchste vollziehende Gewalt hat, angewiesen, überall da, wo Stube und Ordnung herrschen, den Befehl zu erlassen, dass die Befehle des Befreiungskommissars hier ebenso zu beobachten seien.

Auch beim Mietzins ist das Karte Sache obigeschriebener Zeitung verpflichtet, und die Auslegung von Beispielen ausgewählter und Mietzinsen an den Mietzinskommissionen ist an sich noch nicht die Gewähr für die nötige individuelle Anwendung der Wohnungsmiete an die von Fall zu Fall und von Ort zu Ort wechselnden Verhältnisse. Hier muss die Tätigkeit der Organisationen der Mietzins- und des Haushaltswesens einzutreten. Freilich wird es aus verschiedenen Gründen, die teils im Charakter der Organisationen, teils in der Eigentum des Mietzinsmietzinsen liegen, im Wohnungsmietzins noch nicht so bald zu regelmäßigen Tarifverträgen, wie das Arbeitgeberwesen regeln, kommen, wohl aber könnten Mieter- und Haushaltserorganisationen Richtlinien für die Festsetzung des Mietzinses vereinbaren, die den Mietzinskommissionen

Der Verband sächsischer Industrieller hat sich schon manches tolle Stück geleistet, aber hier hatte er offenbar das Beste zu tun, sich selbst zu übertreffen.

Um übrigens gibt er durch seine Weigerung, die angeblich wegen Arbeitsmangel entlassenen Arbeitnehmer bei einem besseren Geschäftsgang wieder einzustellen, zu, dass es den Arbeitgebern doch nur darauf ankommt, sogenannte „unliebsame Elemente“ aus den Betrieben zu entfernen. Er beweist damit die Richtigkeit dieser weitverbreiteten Auffassung, die er — in der Öffentlichkeit — immer abstreitet.

### Sabotage gegen die Verordnung des Reichsverkehrsministers

Nach einer Verordnung des Reichsverkehrsministers sind die Elektrizitätswerke verpflichtet, u. a. auch den Industriellen für den Wehrverbrauch an elektrischem Strom ein Aufschlag von 1 M. für die Motorstromzuläufe zu berechnen. Der Verband sächsischer Industrieller hat sich nun, wie uns mitgeteilt wird, bei einer „maßgebenden Stelle“ unterrichtet und einen vertraulichen Bescheid eingehend erhalten, dass die Leiter der Elektrizitätswerke dieser Aufschlag ebenso zu berechnen, da die Befehle des Reichsverkehrsministers nur ungern nachkommen, da die Elektrizitätswerke den Aufschlag nicht für sich verwenden dürfen, dass ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht werden, dass früher bei Verhängung des Belagerungszustandes der Militärbefehlhaber die oberste Gewalt ausübt und der Befreiungskommissar nur Wehr vertrag war. Das Militär kommt jetzt nur für die Ausführung der Anordnungen der Regierung in Frage, die volle Verantwortung aber für diese Anordnungen hat sich die Regierung selbst vorbehalten.

Am Montag sind mittels Flugzeugs über Bittau und der Oberlausitz Flugblätter der Regierung abgeworfen worden. Sie sind für das Gesamtministerium von den Ministern Stüttgen als stellvertretenden Ministerpräsidenten, Dr. Hartmann, Heldt, Schwartz, Dr. Reinhold und Dr. Seifert unterschrieben, enthalten etwa dieselben Gedanken, wie wir gestern veröffentlichte Mitteilung der Staatskanzlei, betonen, dass sowohl die Bundesicherheitspolizei wie die Reichswehr zum Schutz der Bevölkerung in die Befreiungskommissionen kommen, teilen mit, dass sich die vollziehende Gewalt nicht in den Händen des Militärs befindet, sondern von der Regierung einem Befreiungskommissar übertragen worden ist, und schließen:

Bürger! Unterstützen Sie uns! Denken Sie daran, dass jede Erschütterung unseres Wirtschaftslebens eine weitere Erhöhungsmöglichkeit erschafft. Bewahren Sie Ihr Blut, lohnt auch nicht von der gewollten Arbeit abhalten. Lohnt auch nicht protestieren!

Die ganze Bewegung steht völlig unter Spott- und radikal-umhängigem Einfluss. Der eingeloste Fünfzehner ist leicht lediglich aus Unabhängigen und Kommunisten zu kommen. Die von diesem Ausfallen gestern auf der Schießwiese abgehaltene Versammlung, an der höchstens 5000 Personen teilnahmen, beinhaltet folgende Forderungen:

1. Der Streit ist weiterzuführen, bis die Sicherheitspolizei ohne ... abgesetzt ist. 2. Alle politischen und Reichsbehörden ... in Frieden aufzugeben. 3. Die sächsische Regierung ist aufzulösen und eine Rätegierung ohne bürgerliche Mitglieder ist einsetzen. 4. Bis zur Annahme dieser Forderungen wird der Generalstreik fortsetzen. 5. Bis heute abends 8 Uhr zustimmende Antwort nicht eingetroffen, so wird der Generalstreik verhängt dadurch, dass Wasser und auch das Gas abgesperrt werden (bisher war nur der elektrische Strom abgesperrt). 6. Gegen droht man mit Stilllegung des Eisenbahnbetriebs.

Aus unserer Leserkreis sind wir angefragt worden, weshalb wir über die Stellungnahme der Regierung zu den Forderungen des Fünfzehner ausgeschossen in Bittau noch nichts mitgeteilt haben. Auf uns darauftun geantwortet worden, dass die Regierung bisher überhaupt keinerlei Forderungen überreicht worden sind und dass sie es ablehnen musst, die aus der Presse bekanntgewordenen Forderungen entgegenzunehmen. Es wird mit den Auführern, die sich unbefugt machen gegen den Willen der Wehrheit der arbeitenden Bevölkerung die öffentliche Gewalt annehmen, nicht verhandelt werden.

Neben die Linie in Bittau wird noch berichtet: Die Stadt ist ohne Licht und Kraft. Die Zeitungen erscheinen nicht. Der Eisenbahnverkehr mit Ausnahme der Lebensmittel- und Kohlenzüge soll auf Anordnung des Fünfzehner-Ausschusses heute nach eingestellt werden.

### Die sächsischen Eisenbahner und die Militärtransporte

(N.) Der in den Zeitungen veröffentlichte Aufruf der Eisenbahner und politischen Parteien hat einige Unterstützer gefunden, auch Transporte der lästigen Regierung und des sächsischen Militärkontingents anzuhalten.

Das beruht auf einer irrtümlichen Auffassung der Eisenbahner der betreffenden Stationen. Ein entsprechendes Auflösungstelegramm von dem Hauptbetriebsrat war durch ein Versehen nicht an alle Betriebsräte befördert worden. In einer am Montag stattgehabten Besprechung des Hauptbetriebsrats und des Eisenbahnerverbandes mit einem Vertreter der Regierung erklärten sämtliche Vertreter, es sei ganz selbstverständlich, dass Militär- oder Polizeitransporte der Regierung nach wie vor unbehindert befördert werden. Daraufhin konnte der Regierungsvorsteher im Rahmen des stellvertretenden Ministerpräsidenten die Erklärung abgeben, dass die Regierung sich freiwillig bereit erklärt, jeden von ihr veranlaschten oder zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Transport von Militär, Polizei- und Truppen, obwohl vorher dem Hauptbetriebsamt Dresden angezeigt, um Widerstände von vornherein auszuschließen.

**Wiedereinführungspflicht — Wiedereintrittspflicht**

Der Verband sächsischer Industrieller kann es nicht verschmerzen, dass die sächsische Volkskammer am 14. Juli einen Antrag angenommen hat, wonach die Reichsregierung erfasst wird, eine Abänderung bzw. Ergänzung des § 12 Abs. 2 der Verordnung vom 12. Februar 1920 über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung dahin vorzunehmen, dass vor einer Verlängerung der vorübergehend herabgesetzten Arbeitszeit erst die etwa entlassenen Arbeiter und Angestellten wieder eingestellt werden müssen.

Obwohl es sich nur um ein „Ersuchen“ handelt, dessen Erfüllung noch keineswegs feststeht, nimmt der Arbeitgeberverband in einem Rundschreiben vom 22. Juli in seiner bekannten Weise gegen den angenommenen Antrag Stellung und macht die Arbeitgeber scharr, sowohl dies überhaupt noch nötig sein sollte. Er verlangt — bescheiden, wie er nun einmal ist — dass der Wiedereinführungspflicht des Arbeitgebers die Wiedereintrittspflicht des Arbeitnehmers entgegengesetzt wird! Aber damit nicht etwa zuslediggestellt, verlangt es weiter, dass dem entlassenen Arbeitnehmer vorboten wird, Arbeit in einem andern Betriebe anzunehmen!

Der Verband sächsischer Industrieller hat sich schon manches tolle Stück geleistet, aber hier hatte er offenbar das Beste zu tun, sich selbst zu übertreffen.

Um übrigens gibt er durch seine Weigerung, die angeblich wegen Arbeitsmangel entlassenen Arbeitnehmer bei einem besseren Geschäftsgang wieder einzustellen, zu, dass es den Arbeitgebern doch nur darauf ankommt, sogenannte „unliebsame Elemente“ aus den Betrieben zu entfernen. Er beweist damit die Richtigkeit dieser weitverbreiteten Auffassung, die er — in der Öffentlichkeit — immer abstreitet.

### Sabotage gegen die Verordnung des Reichsverkehrsministers

Nach einer Verordnung des Reichsverkehrsministers sind die Elektrizitätswerke verpflichtet, u. a. auch den Industriellen für den Wehrverbrauch an elektrischem Strom ein Aufschlag von 1 M. für die Motorstromzuläufe zu berechnen. Der Verband sächsischer Industrieller hat sich nun, wie uns mitgeteilt wird, bei einer „maßgebenden Stelle“ unterrichtet und einen vertraulichen Bescheid eingehend erhalten, dass die Leiter der Elektrizitätswerke dieser Aufschlag ebenso zu berechnen, da die Befehle des Reichsverkehrsministers nur ungern nachkommen, da die Elektrizitätswerke den Aufschlag nicht für sich verwenden dürfen, dass ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht werden, dass früher bei Verhängung des Belagerungszustandes der Militärbefehlhaber die oberste Gewalt ausübt und der Befreiungskommissar nur Wehr vertrag war. Das Militär kommt jetzt nur für die Ausführung der Anordnungen der Regierung in Frage, die volle Verantwortung aber für diese Anordnungen hat sich die Regierung selbst vorbehalten.

### Kraftwagenlinie Pirna-Rathewalde-Bastel

Seit dem 1. August verkehren die Kraftwagen nach folgendem Fahrplan: Am Morgen fahren: ab Pirna 8.15 vorm., 1.30 und 8.40 nach, ab Bastel nach Pirna 8.10 und 10.30 vorm., 7.00 nach, ab Hochsteinhütte (Hochstein, Sächsische Schweiz) nach Bastel 9.10 vorm., 9.30 und 9.35 nach, ab Hochsteinhütte (Hochstein, Sächsische Schweiz) nach Pirna 8.40 und 11.00 vorm., 7.30 nach; an Sonn- und Feiertagen: ab Pirna 8.15, 8.45 und 8.50 nach, ab Bastel 8.40, 7.50 vorm., 12.30, 4.45 und 7.05 nach, ab Hochsteinhütte nach Bastel 8.50 vorm. und 7.30 nach. — Anfolge einer geänderten Unterführung durch den Ort Copitz ermöglichen sich die Fahrpreise Pirna-Bastel von 5.50 auf 6 M., Pirna-Hochsteinhütte von 6 M. auf 5.50 M. für eine Person. Der Fahrpreis Bastel-Hochsteinhütte beträgt 8 M.

### Raubmorde

Am 21. Juli wurde, wie kurz gemeldet, die 20 Jahre alte Zigarettenmacherin Olga Keller aus Waldau in einem Jagdgebiet am Fahrweg Brand-Lichtenau ermordet aufgefunden. Der Leichnam des Mädchens wies einen Stich in die Halschlagader und einen 18 Zentimeter langen Schnitt in den Unterleib auf. Nach den behördlichen Ermittlungen liegt Raubmord vor. Der Ermordete wurde eine Handtasche aus schwarzer Kunstleder geraubt, welche ein Goldketten mit 40 M. Papiergeld enthielt. Ferner wurden gestohlen ein Revolverring, gezeichnet K. B. und gestempelt 883 K., und ein Anhänger in der Größe eines Kreismarktfüllers an einer Halskette; letzteres zum Aufhängen mit Vorrichtung zur Aufnahme einer Photographie.

An der Nacht zum 20. Juli hatten unbekannte Einbrecher den Gutswart Pfeiffer in Hermsdorf durch Betriebe erschlagen. Die Räuber erlangten einen Revolver und für etwa 20.000 Kronen Bargeld, darunter etwa 5000 Kronen in amerikanischen 1- bis 5-Dollar Scheinen. Wie das Bezirks- und Landarmeriekommando Deutsch-Sachsen mitteilt, kommen vermutlich ukrainische Soldaten einer dafelbst internierten Brigade in Frage, die nach der Tat in Befreiung die sächsische Grenze überstiegen haben.

Steine Nachrichten aus dem Lande. Der Schmuggel nach Böhmen hat besonders in der letzten Zeit überhand genommen. In Klingenthal wurden in den letzten Tagen über 80 Taschen festgenommen. Ferner beißteln die Grenzwache vor einigen Tagen 8 kleine Schweine sowie 1 Fisch zum, die sämtlich nach Böhmen gebracht werden sollten. Ein tägliches Defizit von 32.000 M. hat sich jetzt bei der Bergbaugesellschaften Sachsenbahn herausgestellt. Mit dieser Branche beschäftigt sich eine Versammlung der Leipziger Eisenbahner, die sich ebenfalls damit einverstanden erklärte, dass monatlich bis zu 20 Tagen mit der Arbeit ausgesetzt werden soll. — In Geisingen sind ein 52 Jahre alter Zimmermann, seine Frau und die gebürtige Tochter an schweren Vergiftungssymptomen nach dem Genuss von Selsungskraut gestorben. — In Altenburg wurde die Füllpferngrotte erbrochen. Mehrere Särgen waren gewaltsam geöffnet und nach Schmuckstücken durchsucht worden. Die Särgen haben jedoch nichts gefunden und müssen unbekannter Sache wieder abgehen.

### Stadt-Chronik

#### Das Baden in der freien Elbe

Befanntlich hat die Amtshauptmannschaft Dresden-R. als Elbstromamt erneut auf das Verbot des Badens in der freien Elbe hingewiesen und für Zwiderhandelnde eine Geldstrafe bis zu 60 Mark oder Haftstrafe bis zu 14 Tagen angeordnet. Dazu erhält die Unabhängige Volkszeitung von einem Leser folgende Zuschrift, der auch wir voll und ganz anschließen:

Zur Vermeidung von Unglücksfällen sollen nur geübte Schwimmer in der freien Elbe schwimmen. Schwimmeln und durch Abtiden kenntlich gemacht. Den Weisungen der Aufsichtsbeamten ist unabdingbare Folge zu leisten. So unglaublich dette ist mir die Warnung noch den in letzter Zeit sich häufenden Unglücksfälle vorge stellt. Stattdessen wird der Volkstrümpel geschwommen und einfach das Baden in der freien Elbe bei hohen Geld- und Droschkenverböten. Warum verbietet man nicht auch das Baden? Durch Genuß gütiger Bisse sterben doch jährlich eine ganze Zahl Menschen! — Ich denn das Baden in der freien Elbe eine Unzumutbarkeit! Stattdessen überaus gesunde und sportliche Aktivität! Den Weisungen der Aufsichts

melden. Dann wird hoffentlich auch der neue Amtshauptmann dafür sorgen, daß alle Postamtbezirke genossen werden und uns das gewohnt *Wiburgland* erhalten bleibt.

Das Elbstromamt late wirklich am besten, wenn es seine Stromabtretung stillgelegt und zu den erledigten Asten legt. Dafür wird das Verbot ja doch nicht. Es wird weiter gebadet! Diese im vorigen Sommer entstandene Freiheit hat sich viel zu fest eingebürgert und sie entkräftigt einen viel zu tief empfundenen Bedürfnis, als daß sie sich nun einfach mit einem Erfolg vom grünen Tische her wieder befreiten ließe.

#### Ein Sekretariat für Genossenschaftswesen

Der Konsumverein Vorwärts, der 125 Verkaufsstellen besitzt, die sich über eine proje Anzahl Orte der Kreishauptmannschaft Dresden erstrecken und über 95 Will-Marien-Umseg erzielten, hat beschlossen, ein Sekretariat in seinem Hauptkantor, Dresden-A., Rosenthalstrasse 99, zu errichten. Die Notwendigkeit lag schon längst vor. Die Verwirklichung ist aber immer wieder hinausgeschoben worden. Nun nach Beendigung des Krieges lädt sich dieses Projekt nicht länger verzögern. Schwerpunkt bereit unter den heutigen Verhältnissen nur die Raumfrage. Das sind aber Kleinheiten, die überwunden werden müssen.

Die Gesamtverwaltung hat die Stelle ausgeschrieben und aus der Zahl der Bewerber den landschaftlichen Bevölkerungsmaßnahmen des Transportarbeiterverbands, den Genossen Bruno Schiller, ausgewählt. Der neue Sekretär hat seine Tätigkeit am 1. August aufgenommen und wird nun versuchen, eine intensive Auflösungs- und Werbephiliale für die Genossenschaft zu entfalten. Daneben ist eine engere Verbindung mit den Mitgliedern, bzw. Mitgliederausschüssen herzustellen und diese auszubauen. Gedenkt wird das Sekretariat nicht nur für den Konsumverein Vorwärts, sondern für das gesamte Genossenschaftswesen eine Etappe im fortwährenden Süden bedeuten. Es kann wohl auch an dieser Stelle der Wunsch ausgesprochen werden, daß das Sekretariat von allen Kreisen der Genossenschaften weitgehende Unterstützung erhält.

#### Wirkungen der Besoldungsreform

Aus den Kreisen der Dresdner Polizeibeamten geht uns folgende Ansicht über die nachteiligen Wirkungen der Besoldungsreform für gewisse Beamtenrassen zu:

Die nach der Revolution bei dem Polizeipräsidium Dresden angestellten uniformierten Polizeibeamten bezogen bis mit Monat Juni durchschnittlich 900 bis 1100 M. monatlich. Gleichzeitig erhöhte sich der 50%igen Rentenversicherungsschätzung. Diese Bezüge redeten wentsentlich darum, bei großer Entfernung das Leben zu retten. Es muß vorausgeschaut werden, daß diese neuangefesteten Beamten fast ohne Ausnahme Feldgaußlehrer gewesen sind und in den weitaus meisten Fällen pensioniert sind. Auf Grund geplantes Verhältnisse werden sie zunächst unter der neuen Besoldungsordnung — 1. Juli — den Beamten die vom 1. April bis mit Monat Juni gezahlten 50 Prozentigen Quotienten in monatlichen Raten wieder abgezogen. Am 31. Juli werden den genannten Beamten ihre Bezüge für August in Höhe von rund 495 M. bis 820 M. je nach dem Familienstand ausgebaut. Unter den von dieser Härtete Betroffenen befinden sich Familienväter mit drei und mehr Kindern. Es ist unerfindlich wie diese Beamten ihre Familien ernähren und ihren Pflichten als Steuerzahler nachkommen sollen. Ein im Juni vorigen Jahres vom Militär entlassener und jetzt beim Polizeipräsidium angestellter Volksgesetzbeamter erhielt in jüngster Zeit seine Steuerzettel, laut denen er als „Gurmoos“ fast 800 M. an Steuern entrichten soll.

Trotzdem das Polizeipräsidium und das Ministerium des Innern den beiden unbalzbaren Zuständen in Kenntnis gezeigt wurden, ist bisher die Röhricht nicht zu erkennen, ernsthaft und umgedreht Abhilfe zu schaffen. Röhnen sich die Beamten der Verhörlung, die wirtschaftlich ebenfalls von der Hand in den Mund leben, in die leidliche Stimmung dieser Beamten hineinzuholen, wenn diese bei Erwerbslosenentmontierung zum Schutz der öffentlichen Ordnung, meist in ihrer freien Zeit und ohne dafür eine Entschädigung zu erhalten, aufzuhören werden? Läßt in ihnen nicht das wiligende Gefühl auftreten, daß sie selbst unter die Dorfbuden gehören!

#### Zunehmende Kriminalität

Die Arbeit bei den Gerichten nimmt immer mehr zu. Es ist auch bei den Strafkammern des Dresdner Landgerichts derartig geworden, daß zu ihrer Bewältigung schon länger kein Erwerbsverdiensttag eingeschoben werden mußten. Da sich aber auch durch diese Erwerbsabhandlungen die Arbeit nicht bewältigen ließ und die Verhandlungen meist bis in die Abendstunden ausgedehnt werden mußten, werden nun, um Abhilfe zu schaffen, vom 1. Oktober an zwei neue Strafkammern — die 7. und die 8. — geschaffen. Außerdem macht sich eine Sonderregelung des Schwurgerichts im Landgerichtsbezirk Dresden notwendig. Dieses Landgericht wird in der zweiten Augusthälfte zusammengetreten. Es soll aber nicht wie irrtümlich angenommen worden ist, zur Urteilsfassung der im Dresdner Untersuchungsgefängnis untergebrachten Oligardisten dienen. Die einzelnen gut Verhandlung stehenden Fälle, hauptsächlich Robbebstiefe und schwere Urfundensäufungen, sind noch nicht bekannt.

Für die Sonderregelung des Dresdner Schwurgerichts wurden folgende Hauptgeschworene ausgelost:

Lagerhalter Otto Reichenbach, Brodow; Brauereibesitzer Bernhard Schubert, Leutzsch; Mühlenbesitzer Richard Weichold, Voitschopp; Fabrikdirektor Gustav Wolf, Nünchritz; Großenhain; Bau- meister Ernst Roß, Dresden; Direktor der Tüngersportsgesellschaft Kurt Löbel, Blasewitz; Baumwolle Alfred Georg Kübler, Briesnitz; Oberbaurat Edmund Bräuer, Zehnbar; Krostheimer Robert Thomann, Dresden; Telefonbetriebsleiter Ernst Lubitsch, Dresden; Gemeindeschulrat Paul Kluge, Cotta bei Schönau; Architekt Friedrich Wilhelm May, Deubener Neuendorf; Gemeindeschulrat Alfred Kappermann, Loschwitz; Polizist Altmühlauer Walter Bulting, Blasewitz; Kämmerer Otto Heinrich Rühn, Straud bei Radeberg; Lagerhalter Edmund Schulte, Leutzsch; Oberst a. D. Johann v. Welt, Pöhlitz; Schriftsteller Heinrich Wendt, Dresden; Fabrikbesitzer Walter Kübler, Vienna; Professor Oswald Paul Schenke, Wendischfähre; Fabrikbesitzer Emil Theodor Heidler, Niederau; Gütekocher Ernst Paul, Leipziger Meilen; Fabrikant Otto Kittel, Dresden; Schlosser Paul Gottlieb Endler, Rathmannsdorf bei Schönau; Baumwolle Richard Schumann, Dresden; Lehrer Max Clapka, Dieskau; Brauereibesitzer Ernst Hermann Weber, Blasewitz; Seidenfabrik Peter Schönheit, Niederau; Baumwollunternehmer Friederich August Lüdke, Tschiritz; Kaufmännischer August Bernhard Riedel, Spornborn bei Großenhain.

#### Eine Verteilung

Um der leichten Ewigkeit der Stadtverordneten vom 15. Juli hat Genosse Kühn, gleichzeitig in seiner Eigenschaft als Minister, das Verbrechen der Landespolizei um die unblutige Belegung der Dresdner Lebensmittelzulagen hervor und fordert die Namensliste des ganzen Kollegiums des Landesfalls aus, um die Flucht ins Schwarzwald, aber energischer und zielsofer Weise gegen zu tun. Die Beamten der Landespolizei auf deren Versammlungen damals schon Polizeiinspekteur Michel eingetragen waren aus diesem ihrer Rolle nach einfaches Törf einen Unfall gegenüber ihrer Tätigkeit heraus. Auch jetzt noch würde

dann immer wieder vorgeworfen, daß sie in jenen unerlaubten Tagen „verloren“ hatten.

Dagegen verdeutigen sich nun die Volksgesetzbeamten des Polizeipräsidiums in einer Rücksicht in der sie beladen, daß es ihrem Anstoßen und bekannten Auftreten den aufgeriegelten Türen gegenüber zu verdanken ist, daß schwierige Zuschriften verhindert wurden. Die Subventionärme habe trotz ihrem schwachen Stande die schwerige Lage beobachtet. Tatsair, daß gleich anfangs die Erlaubnis zu Durchsuchungen an Gewerbeobjekten erlangt worden sei, doch dann gefährliche Ausweise angefordert und zu Nebenstellen benutzt wurden, seien die Volksgesetzbeamten nicht verantwortlich zu machen. Sie melden Durchsuchungen und Beschlagnahmen durch Gewerbeobjekte, zu denen Behörden die Gewalt erzielt hatten, dulden und sich den Anordnungen des Rates unterordnen. Von einem „Verjagen“ könne also keine Rede sein.

#### Haushalter und Erwerbslose

Noch allgemeiner Meinung müßte es vor allen Dingen Aufgabe der Behörden und ähnlicher Institute sein, dafür zu sorgen, daß die Erwerbslose vor allen anderen wieder unterkommen, zumal man ja eine befristete Erwerbslosenunterstützung einführen will. Das aber gerade mondays dieser Stellen oft anders handeln, beweist folgender Brief des Wohnungsbauverbandes Dresden-Neustadt-V. Land:

An den Herrn Amtshauptmann als Demobilisationskommissar Dresden.

Der unterzeichnete Wohnungsbau beabsichtigt, für seine Geschäftsstelle eine Bürosuite einzurichten; ein älterer Herr, der während des Krieges für verschiedene Behörden gearbeitet hat, scheint ihm hierfür besonders geeignet.

Dieser Bewerber besitzt ein Einkommen von 4500 M. jährlich aus seinem Grundstück, hierwohl kann er nicht leben und deshalb ist er gesammein gewesen, gegen Vergabeung zu arbeiten.

Nach den Bestimmungen des Demobilisationskommissars dürfte der Bewerber aber für diese Stelle nicht in Betracht kommen, da er gekreuzt Buchdrucker ist, während als Bureauangestellte in einer Linie Handlungsgeschäfte berücksichtigt werden sollen. Diese Stelle müßte vielmehr beim Arbeitsnachweis aufgeschrieben werden.

Da der Wohnungsbauverband eine ganz neue Einrichtung ist und die Geschäfte des Wohnungsbauverbandes eine für diesen Posten besonders geeignete Verbindlichkeit erfordern, beantragt der Wohnungsbauverband Dresden-N. Land beim Demobilisationskommissar für die Stelle Aufnahmekewigung. D. R. ges. Dr. Hoffmann.

Wenn der „Erwerber“ — er scheint uns eher der „Umworbene“ zu sein — aus seinem Grundstück ein jährliches Einkommen von 4500 M. besitzt, so liegt dies voraus, daß er über ein Kapital von mindestens 150 000 M. verfügt. Viele Erwerbslose müssen ihr letztes Hemd verkaufen, ergo könnte nach unserer Meinung der auf Erwerb angewandte Haushaltseinheit sein Grundstück verkaufen. Er wird dann vermutlich über die wirtschaftliche Krise hinwegkommen und bestimmt besser leben können, als ein Erwerbsloser, der den Weg zur Tempelstelle ohne sein Verhältnis schon im Hintergrund findet.

**Viktoria-Theater**

pm. In das Viktoria-Theater ist das Ensemble des Gloria-Theaters (Direktor Karl Lambertz) mit der bekannten Operette Die leue Syltane von Gilbert eingezogen. Das Stück, dessen Bühnenweltlichkeit schon vor dem Krieg aufgezeigt wurde, wäre in einem richtigen Theater gewiß unerträglich, im Varieté nimmt man es als unterhaltsame Beilage zum Bier und zur Biarrett pern in Kauf. Es wurde flott und sicher gespielt (Spielleitung Julius Groß) und Kapellmeister Ernst Schröder sorgte bei den „Schlägern“, daß die Sänger auf der Bühne und sein kleiner Orchester stets einsatzfähig blieben. Von den darstellenden Städten gefielen besonders Victor Helbig und Trude Lang, deren Stimme freilich kaum vernehmbar war.

**Verbrechen und Kramholtz**

Am 6. November vorigen Jahres erhielt in der Pflichtlingsinternierungsschule des Roten Kreuzes hier der 42jährige Schriftsteller Friederick Max Enger. Er stellte sich als Oberleutnant im Freikorps Dohna in Cospa vor. Er ist vor dem Krieg Stabsoffizier in Strakowitz und Ausbildungsoffizier unter Paul Witwitz gewesen. Er ist sehr dünn, dabei hat er aber ein sehr langes Gesicht, das man ihm durch mehrere Ecken sprechen hört. Er hat eine Unterlippe. Man gab ihm einschweil 40 M. und bestellte ihn nach vier Tagen wieder, da seine Papiere neu gestellt waren. Nach zwei Tagen brachte er wieder ein Wechsler über 100 M. und wollte auf den Wechsel ein Darlehen, das er innerhalb vier Tagen zurückzahlen wollte. Da auf die Anträge nach dem Ende der Kriegszeit noch keine Antwort eingegangen, erhielt er 80 M. Den letzten Tag ging noch die Antwort ein, daß man es mit einem Schwundler zu tun habe. Einen Offizier genannten Namen gibt es beim Corps nicht, man hätte es vermutlich mit dem Schriftsteller Enger zu tun, der schon viele Male wegen Urfundensäufung, Verzugs und Unterkladung bestraft sei und gegenwärtig in Hamburg von der Standortkommandantur gefangen gehalten wurde. Die Sache wurde sofort der Kramholtzpolizei übergeben. Es wurde bald aufgefunden und festgestellt, daß man ihm durch mehrere Ecken sprechen hört. Er hat eine Unterlippe. Man gab ihm einschweil 40 M. und bestellte ihn nach vier Tagen wieder, da seine Papiere neu gestellt waren. Nach zwei Tagen brachte er wieder ein Wechsler über 100 M. und wollte auf den Wechsel ein Darlehen, das er innerhalb vier Tagen zurückzahlen wollte. Da auf die Anträge nach dem Ende der Kriegszeit noch keine Antwort eingegangen, erhielt er 80 M. Den letzten Tag ging noch die Antwort ein, daß man es mit einem Schwundler zu tun habe. Einen Offizier genannten Namen gibt es beim Corps nicht, man hätte es vermutlich mit dem Schriftsteller Enger zu tun, der schon viele Male wegen Urfundensäufung, Verzugs und Unterkladung bestraft sei und gegenwärtig in Hamburg von der Standortkommandantur gefangen gehalten wurde. Die Sache wurde sofort der Kramholtzpolizei übergeben. Es wurde bald aufgefunden und festgestellt, daß man ihm durch mehrere Ecken sprechen hört. Er hat eine Unterlippe. Man gab ihm einschweil 40 M. und bestellte ihn nach vier Tagen wieder, da seine Papiere neu gestellt waren. Nach zwei Tagen brachte er wieder ein Wechsler über 100 M. und wollte auf den Wechsel ein Darlehen, das er innerhalb vier Tagen zurückzahlen wollte. Da auf die Anträge nach dem Ende der Kriegszeit noch keine Antwort eingegangen, erhielt er 80 M. Den letzten Tag ging noch die Antwort ein, daß man es mit einem Schwundler zu tun habe. Einen Offizier genannten Namen gibt es beim Corps nicht, man hätte es vermutlich mit dem Schriftsteller Enger zu tun, der schon viele Male wegen Urfundensäufung, Verzugs und Unterkladung bestraft sei und gegenwärtig in Hamburg von der Standortkommandantur gefangen gehalten wurde. Die Sache wurde sofort der Kramholtzpolizei übergeben. Es wurde bald aufgefunden und festgestellt, daß man ihm durch mehrere Ecken sprechen hört. Er hat eine Unterlippe. Man gab ihm einschweil 40 M. und bestellte ihn nach vier Tagen wieder, da seine Papiere neu gestellt waren. Nach zwei Tagen brachte er wieder ein Wechsler über 100 M. und wollte auf den Wechsel ein Darlehen, das er innerhalb vier Tagen zurückzahlen wollte. Da auf die Anträge nach dem Ende der Kriegszeit noch keine Antwort eingegangen, erhielt er 80 M. Den letzten Tag ging noch die Antwort ein, daß man es mit einem Schwundler zu tun habe. Einen Offizier genannten Namen gibt es beim Corps nicht, man hätte es vermutlich mit dem Schriftsteller Enger zu tun, der schon viele Male wegen Urfundensäufung, Verzugs und Unterkladung bestraft sei und gegenwärtig in Hamburg von der Standortkommandantur gefangen gehalten wurde. Die Sache wurde sofort der Kramholtzpolizei übergeben. Es wurde bald aufgefunden und festgestellt, daß man ihm durch mehrere Ecken sprechen hört. Er hat eine Unterlippe. Man gab ihm einschweil 40 M. und bestellte ihn nach vier Tagen wieder, da seine Papiere neu gestellt waren. Nach zwei Tagen brachte er wieder ein Wechsler über 100 M. und wollte auf den Wechsel ein Darlehen, das er innerhalb vier Tagen zurückzahlen wollte. Da auf die Anträge nach dem Ende der Kriegszeit noch keine Antwort eingegangen, erhielt er 80 M. Den letzten Tag ging noch die Antwort ein, daß man es mit einem Schwundler zu tun habe. Einen Offizier genannten Namen gibt es beim Corps nicht, man hätte es vermutlich mit dem Schriftsteller Enger zu tun, der schon viele Male wegen Urfundensäufung, Verzugs und Unterkladung bestraft sei und gegenwärtig in Hamburg von der Standortkommandantur gefangen gehalten wurde. Die Sache wurde sofort der Kramholtzpolizei übergeben. Es wurde bald aufgefunden und festgestellt, daß man ihm durch mehrere Ecken sprechen hört. Er hat eine Unterlippe. Man gab ihm einschweil 40 M. und bestellte ihn nach vier Tagen wieder, da seine Papiere neu gestellt waren. Nach zwei Tagen brachte er wieder ein Wechsler über 100 M. und wollte auf den Wechsel ein Darlehen, das er innerhalb vier Tagen zurückzahlen wollte. Da auf die Anträge nach dem Ende der Kriegszeit noch keine Antwort eingegangen, erhielt er 80 M. Den letzten Tag ging noch die Antwort ein, daß man es mit einem Schwundler zu tun habe. Einen Offizier genannten Namen gibt es beim Corps nicht, man hätte es vermutlich mit dem Schriftsteller Enger zu tun, der schon viele Male wegen Urfundensäufung, Verzugs und Unterkladung bestraft sei und gegenwärtig in Hamburg von der Standortkommandantur gefangen gehalten wurde. Die Sache wurde sofort der Kramholtzpolizei übergeben. Es wurde bald aufgefunden und festgestellt, daß man ihm durch mehrere Ecken sprechen hört. Er hat eine Unterlippe. Man gab ihm einschweil 40 M. und bestellte ihn nach vier Tagen wieder, da seine Papiere neu gestellt waren. Nach zwei Tagen brachte er wieder ein Wechsler über 100 M. und wollte auf den Wechsel ein Darlehen, das er innerhalb vier Tagen zurückzahlen wollte. Da auf die Anträge nach dem Ende der Kriegszeit noch keine Antwort eingegangen, erhielt er 80 M. Den letzten Tag ging noch die Antwort ein, daß man es mit einem Schwundler zu tun habe. Einen Offizier genannten Namen gibt es beim Corps nicht, man hätte es vermutlich mit dem Schriftsteller Enger zu tun, der schon viele Male wegen Urfundensäufung, Verzugs und Unterkladung bestraft sei und gegenwärtig in Hamburg von der Standortkommandantur gefangen gehalten wurde. Die Sache wurde sofort der Kramholtzpolizei übergeben. Es wurde bald aufgefunden und festgestellt, daß man ihm durch mehrere Ecken sprechen hört. Er hat eine Unterlippe. Man gab ihm einschweil 40 M. und bestellte ihn nach vier Tagen wieder, da seine Papiere neu gestellt waren. Nach zwei Tagen brachte er wieder ein Wechsler über 100 M. und wollte auf den Wechsel ein Darlehen, das er innerhalb vier Tagen zurückzahlen wollte. Da auf die Anträge nach dem Ende der Kriegszeit noch keine Antwort eingegangen, erhielt er 80 M. Den letzten Tag ging noch die Antwort ein, daß man es mit einem Schwundler zu tun habe. Einen Offizier genannten Namen gibt es beim Corps nicht, man hätte es vermutlich mit dem Schriftsteller Enger zu tun, der schon viele Male wegen Urfundensäufung, Verzugs und Unterkladung bestraft sei und gegenwärtig in Hamburg von der Standortkommandantur gefangen gehalten wurde. Die Sache wurde sofort der Kramholtzpolizei übergeben. Es wurde bald aufgefunden und festgestellt, daß man ihm durch mehrere Ecken sprechen hört. Er hat eine Unterlippe. Man gab ihm einschweil 40 M. und bestellte ihn nach vier Tagen wieder, da seine Papiere neu gestellt waren. Nach zwei Tagen brachte er wieder ein Wechsler über 100 M. und wollte auf den Wechsel ein Darlehen, das er innerhalb vier Tagen zurückzahlen wollte. Da auf die Anträge nach dem Ende der Kriegszeit noch keine Antwort eingegangen, erhielt er 80 M. Den letzten Tag ging noch die Antwort ein, daß man es mit einem Schwundler zu tun habe. Einen Offizier genannten Namen gibt es beim Corps nicht, man hätte es vermutlich mit dem Schriftsteller Enger zu tun, der schon viele Male wegen Urfundensäufung, Verzugs und Unterkladung bestraft sei und gegenwärtig in Hamburg von der Standortkommandantur gefangen gehalten wurde. Die Sache wurde sofort der Kramholtzpolizei übergeben. Es wurde bald aufgefunden und festgestellt, daß man ihm durch mehrere Ecken sprechen hört. Er hat eine Unterlippe. Man gab ihm einschweil 40 M. und bestellte ihn nach vier Tagen wieder, da seine Papiere neu gestellt waren. Nach zwei Tagen brachte er wieder ein Wechsler über 100 M. und wollte auf den Wechsel ein Darlehen, das er innerhalb vier Tagen zurückzahlen wollte. Da auf die Anträge nach dem Ende der Kriegszeit noch keine Antwort eingegangen, erhielt er 80 M. Den letzten Tag ging noch die Antwort ein, daß man es mit einem Schwundler zu tun habe. Einen Offizier genannten Namen gibt es beim Corps nicht, man hätte es vermutlich mit dem Schriftsteller Enger zu tun, der schon viele Male wegen Urfundensäufung, Verzugs und Unterkladung bestraft sei und gegenwärtig in Hamburg von der Standortkommandantur gefangen gehalten wurde. Die Sache wurde sofort der Kramholtzpolizei übergeben. Es wurde bald aufgefunden und festgestellt, daß man ihm durch mehrere Ecken sprechen hört. Er hat eine Unterlippe. Man gab ihm einschweil 40 M. und bestellte ihn nach vier Tagen wieder, da seine Papiere neu gestellt waren. Nach zwei Tagen brachte er wieder ein Wechsler über 100 M. und wollte auf den Wechsel ein Darlehen, das er innerhalb vier Tagen zurückzahlen wollte. Da auf die Anträge nach dem Ende der Kriegszeit noch keine Antwort eingegangen, erhielt er 80 M. Den letzten Tag ging noch die Antwort ein, daß man es mit einem Schwundler zu tun habe. Einen Offizier genannten Namen gibt es beim Corps nicht, man hätte es vermutlich mit dem Schriftsteller Enger zu tun, der schon viele Male wegen Urfundensäufung, Verzugs und Unterkladung bestraft sei und gegenwärtig in Hamburg von der Standortkommandantur gefangen gehalten wurde. Die Sache wurde sofort der Kramholtzpolizei übergeben. Es wurde bald aufgefunden und festgestellt, daß man ihm durch mehrere Ecken sprechen hört. Er hat eine Unterlippe. Man gab ihm einschweil 40 M. und bestellte ihn nach vier Tagen wieder, da seine Papiere neu gestellt waren. Nach zwei Tagen brachte er wieder ein Wechsler über 100 M. und wollte auf den Wechsel ein Darlehen, das er innerhalb vier Tagen zurückzahlen wollte. Da auf die Anträge nach dem Ende der Kriegszeit noch keine Antwort eingegangen, erhielt er 80 M. Den letzten Tag ging noch die Antwort ein, daß man es mit einem Schwundler zu tun habe. Einen Offizier genannten Namen gibt es beim Corps nicht, man hätte es vermutlich mit dem Schriftsteller Enger zu tun, der schon viele Male wegen Urfundensäufung, Verzugs und Unterkladung bestraft sei und gegenwärtig in Hamburg von der Standortkommandantur gefangen gehalten wurde. Die Sache wurde sofort der Kramholtzpolizei übergeben. Es wurde bald aufgefunden und festgestellt, daß man ihm durch mehrere Ecken sprechen hört. Er hat eine Unterlippe. Man gab ihm einschweil 40 M. und bestellte ihn nach vier Tagen wieder, da seine Papiere neu gestellt waren. Nach zwei Tagen brachte er wieder ein Wechsler über 100 M. und wollte auf den Wechsel ein Darlehen, das er innerhalb vier Tagen zurückzahlen wollte. Da auf die Anträge nach dem Ende der Kriegszeit noch keine Antwort eingegangen, erhielt er 80 M. Den letzten Tag ging noch die Antwort ein, daß man es mit einem Schwundler zu tun habe. Einen Offizier genannten Namen gibt es beim Corps nicht, man hätte es vermutlich mit dem Schriftsteller Enger zu tun, der schon viele Male wegen Urfundensäufung, Verzugs und Unterkladung bestraft sei und gegenwärtig in Hamburg von der Standortkommandantur gefangen gehalten wurde. Die Sache wurde sofort der Kramholtzpolizei übergeben. Es wurde bald aufgefunden und festgestellt, daß man ihm durch mehrere Ecken sprechen hört. Er hat eine Unterlippe. Man gab ihm einschweil 40 M. und bestellte ihn nach vier Tagen wieder, da seine Papiere neu gestellt waren. Nach zwei Tagen brachte er wieder ein Wechsler über 100 M. und wollte auf den Wechsel ein Darlehen, das er innerhalb vier Tagen zurückzahlen wollte. Da auf die Anträge nach dem Ende der Kriegszeit noch keine Antwort eingegangen, erhielt er 80 M. Den letzten Tag ging noch die Antwort ein, daß man es mit einem Schwundler zu tun habe. Einen Offizier genannten Namen gibt es beim Corps nicht, man hätte es vermutlich mit dem Schriftsteller Enger zu tun, der schon viele Male wegen Urfundensäufung, Verzugs und Unterkladung bestraft sei und gegenwärtig in Hamburg von der Standortkommandantur gefangen gehalten wurde. Die Sache wurde sofort der Kramholtzpolizei übergeben. Es wurde bald aufgefunden und festgestellt, daß man ihm durch mehrere Ecken sprechen hört. Er hat eine Unterlippe. Man gab ihm



